



„Festhalten, meine Herren, dieser Brückenkopf ist unersetzbar“

Zeichnung: G. Sadzinski

derung der Trizone und schließlich der Bundesrepublik Deutschland. Damit wurde zugleich den Wünschen und Forderungen der fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes nach einem einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland eine Absage erteilt. Mit dem Eintritt der BRD in die NATO wurde die Spaltung Deutschlands zementiert und die Europas vollzogen.

Die Spalter, darauf spekulierend, daß die DDR nicht lebensfähig sein werde, und die, angesichts der „roll back“-Strategie des USA-Imperialismus in den 50er Jahren, Appetit auf das ganze Deutschland bekamen, scheiterten schmächtig mit ihrer Losung von der „Wiedervereinigung“. Das Bestreben, die DDR „auszubluten“, wurde schließlich mit der zuverlässigen Sicherung unserer Staatsgrenze Anfang der 60er Jahre zunichte gemacht. Die diplomatische Blockade unseres sozialistischen Landes durch imperialistische Staaten - eine Variante des „Offenhaltens der Deutschen Frage“ - brach zu Beginn der 70er Jahre zusammen. Mit der Stationierung von US-Erstschlagsraketen in Europa

wurde die revanchistische Propaganda vom „Offenhalten“ - trotz der erlittenen Niederlagen dieser These und der mit ihr verbundenen Politik - deutlich aktiviert. Dieser Fakt ist deshalb, aufschlußreich, weil er offenbart, was Geistes Kind die Mächte-gren-z-revidierer sind.

Wenn heute die Position vom „Offenhalten der deutschen Frage“ wiederbelebt wird, offenbart das den Widerstand reaktionärer Kräfte in der BRD gegen die Möglichkeit einer Wende zum Besseren in den internationalen Beziehungen. Die Mahnung Erich Honeckers, anlässlich der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 formuliert, hat nichts an ihrer Bedeutung und Aktualität eingebüßt: „In Anbetracht der historischen Lehren und der aktuellen Erfordernisse der europäischen Politik ist die Achtung und Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen das Entscheidende. Die Sicherheit der europäischen Staaten war und ist vor allem die Sicherheit ihrer Grenzen.“

Drittens drückt sich in der These vom „Offenhalten der deutschen Frage“ Unfähigkeit aus, gerade in

Europa den dringenden politischen Erfordernissen des Nuklearzeitalters zu entsprechen. Wer nationalistischen Phrasen und sich dahinter verbergenden politischen Zielen frönt, der kann seiner Friedensverantwortung gegenüber den Deutschen in der BRD, ja gegenüber der Menschheit nicht im notwendigen Maß gerecht werden. Das Zusammenleben zweier Staaten, und noch viel mehr ihre Zusammenarbeit braucht an der sensibelsten Grenze der Erde, an der sich die beiden Weltsysteme mit ihren militärischen Hauptkräften gegenüberstehen, vor allem völkerrechtlich verbindliche Ordnung und maximale Sicherheit.

Die BRD-Regierung hat in dieser Hinsicht Nachholbedarf. Beweise dafür sind die weiterhin ausstehende Anerkennung des Verlaufs der Elbgränze in Strommitte. Nach wie vor weigert sich Bonn, die DDR-Staatsbürgerschaft zu respektieren und ein solches Fossil des kalten Krieges wie die „Erfassungsstelle Salzgitter“ aufzulösen.

Prof. Dr. Georg Grasnick  
Stellvertreter des Direktors des Instituts  
für Internationale Politik und Wirtschaft der  
DDR